

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzung: Mittwoch, 05.06.2024

Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz 13,
38102 Braunschweig

Beginn: 16:50 Uhr

Ende: 18:29 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Frank Flake - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

wird von RH Täubert vertreten

Herr Christoph Bratmann - SPD

wird von RF Lerche vertreten

Herr Matthias Disterheft - SPD

Frau Annegret Ihbe - SPD

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

wird von RH Dr. Plinke

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

wird von RH Köster vertreten

Herr Sven-Markus Knurr - CDU

Herr Udo Sommerfeld - Die FRAKTION. BS

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE

Herr Mathias Möller - FDP

fehlt entschuldigt

Herr Stefan Wirtz - AfD

Stellvertretende Mitglieder

Herr Thorsten Köster - CDU

vertritt RH Bratschke

Frau Sonja Lerche - SPD

vertritt RH Bratmann

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

vertritt RF Köhler

Herr Frank Täubert - CDU

vertritt RH Merfort

Personalvertretung

Frau Christiane Hunke - Gesamtpersonalrat

Frau Mirjam Preisner - Gesamtpersonalrat

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Frau Annette Hübner – FBL 20

Herr Henning Sack – FBL 10

Herr Frank Tuchen – AbtL. 20.3

Protokollführung

Frau Nikola Mindermann – FB 10

Herr Lars Weber – FB 20

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 5 | Eröffnung des öffentlichen Teils | |
| 6 | Haushaltsvollzug 2024 hier:
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG | 24-23871 |
| 7 | Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung | 24-23754 |
| 7.1 | Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung
Änderungsantrag zur Vorlage 24-23754 | 24-23754-01 |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

5. Eröffnung des öffentlichen Teils

6. Haushaltsvollzug 2024 hier: 24-23871 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Frau Städtische Direktorin Hübner beantwortet die Nachfragen von Ratsfrau Jalyschko und Ratsherrn Sommerfeld.

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

7. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern 24-23754 der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbau- beitragssatzung

Für die Beratung der Beschlussvorlage 24-23754 und des Änderungsantrages 24-23754-01 findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben statt.

Gem. § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig führt der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung, Ratsherr Flake, den Vorsitz der gemeinsamen Sitzung.

Herr Erster Stadtrat Geiger leitet unter dem Aspekt der Erhöhung der Grundsteuer B umfassend in die Beschlussvorlage 24-23754 ein und weist auf die sehr angespannte Haushaltslage der Stadt hin. Aufgrund der hoch defizitären Haushaltslage sind Eigenmaßnahmen zu ergreifen, um die Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushalts zu erhalten. Herr Erster Stadtrat Geiger verdeutlicht, dass sich viele Kommunen in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Durch die Erhöhung der Grundsteuer B werden die Einnahmeausfälle aus der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kompensiert und die städtische Ertragslage gestärkt. Die Belastungen durch die Erhöhung der Grundsteuer B werden in der Bevölkerung breit verteilt und führen so zu einer individuell kleinen monatlichen Belastung. Herr Erster Stadtrat Geiger erläutert den gewählten Zeitpunkt der Grundsteuererhöhung, dabei wurde auch die Grundsteuerreform 2025 berücksichtigt. Herr Erster Stadtrat Geiger verweist auf die FAQ-Seite zur Grundsteuer auf der städtischen Homepage, welche bei Bedarf ergänzt

werden kann. Anschließend leitet Herr Stadtbaurat Leuer zum Thema Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung in die Vorlage ein. Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 24-23754-01 ein.

Nach einer umfassenden Aussprache im Gremium, bei der Nachfragen der beiden Gremien durch Herrn Ersten Stadtrat Geiger und Herrn Stadtbaurat Leuer beantwortet werden, lässt der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake zunächst die Mitglieder des Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben und anschließend die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung über den Änderungsantrag 24-23754-01 und die Beschlussvorlage 24-23754 abstimmen.

Beschluss:

- „1. Die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Braunschweig (Hebesatzssatzung) wird beschlossen.
2. Die als Anlage 2 beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Braunschweig über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen - Straßenausbaubeitragssatzung - vom 11. Mai 2010 wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

7.1. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern 24-23754-01 der Stadt Braunschweig sowie Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung Änderungsantrag zur Vorlage 24-23754

Beschluss:

„In der Anlage 1, „Hebesatzung“, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Die Schreibweise im letzten Satz des einleitenden Absatzes wird von „Brauschweig“ in „Braunschweig“ korrigiert.
2. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird anstatt der „600 v.H.“ mit „535 v.H.“ bemessen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 0 Dagegen: 9 Enthaltung: 0 **ABGELEHNT**

gez.
Flake
Vorsitzender

gez.
Geiger
Erster Stadtrat

gez.
Weber
Schriftführer Finanzen

gez.
Sack
Städtischer Leitender Direktor

gez.
Mindermann
Schriftführerin Personal